

Christlich Demokratische Union

| | |
|-------------------------|-------------------|
| Herr Karl-Otto Goerdts | ordentl. Mitglied |
| Herr Gerd Miller | ordentl. Mitglied |
| Herr Marco Morten Pufke | Vorsitzender |
| Herr Martin Strunk | ordentl. Mitglied |

Bündnis 90/Die Grünen

| | | |
|-----------------------|-------------------|-------------------------------------|
| Herrn Rolf Humbach | stv. Mitglied | für ordentl. Mitglied Gökhan Kabaca |
| Herrn Oliver Schröder | ordentl. Mitglied | |

BergAUF

| | |
|-----------------------|-------------------|
| Frau Claudia Thylmann | ordentl. Mitglied |
|-----------------------|-------------------|

Gäste

| | |
|----------------------|----------------------------|
| Herr Ulrich Godawa | stv. Mitglied |
| Hans Joachim Fischer | Durth Roos Consulting GmbH |

Von der Verwaltung nehmen teil

| | |
|-----------------------------------|------------------------------------|
| Herr Dr.-Ing. Hans-Joachim Peters | Erster Beigeordneter |
| Herr Thomas Reichling | Amtsleiter |
| Herr Falk Stankowski | Amtsleiter, zugleich Schriftführer |

Entschuldigt fehlen

| | |
|--------------------|-------------------|
| Herr Gökhan Kabaca | ordentl. Mitglied |
|--------------------|-------------------|

Der Vorsitzende stellt fest, dass der Ausschuss für Umwelt, Bauen und Verkehr ordnungs- und fristgemäß eingeladen wurde und beschlussfähig ist.

Es wird folgende Tagesordnung beschlossen und verhandelt:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

| | | |
|---|--|----------------|
| 1 | Einkaufszentrum Bergkamen; hier: Neuordnung der äußeren Erschließung, insbesondere des Parkdecks - Vorstellung durch das vom Investor beauftragte externe Planungsbüro - | 11/0821 |
| 2 | Konzentrationszonen für Windkraftanlagen in Bergkamen hier: Verzicht auf die Änderung des Flächennutzungsplans zur Ausweisung von Konzentrationszonen | 11/0805 |
| 3 | Gutachten - zur Prüfung möglicher Umweltauswirkungen des Einsatzes von Abfall- und Reststoffen zur Bruch-Hohlraumverfüllung in Steinkohlenbergwerken in Nordrhein-Westfalen, Teil 1 (Entwurf) - zu den technischen Möglichkeiten einer PCB-Elimination von Grubenwässern ("PCB-Gutachten") Hier: Relevanzprüfung für die Wasserstadt Aden | 11/0819 |
| 4 | Einwohnerfragestunde | |
| 5 | Anfragen und Mitteilungen | |

Vor Eintritt in die Beratung der Tagesordnung weist der Vorsitzende auf die Bestimmungen der §§ 43 Abs. 2 und 31 GO NRW hin.

Es erklärt sich kein Mitglied für befangen.

Öffentlicher Teil:**Tagesordnungspunkt 1:****Einkaufszentrum Bergkamen;**

**hier: Neuordnung der äußeren Erschließung, insbesondere des Parkdecks
- Vorstellung durch das vom Investor beauftragte externe Planungsbüro -
Vorlage: 11/0821**

Erster Beigeordneter Dr.-Ing. Peters erklärt, dass die Revitalisierung der Turmarkaden eines der wichtigsten städtebaulichen Projekte in Bergkamen sei. Die Verwaltung habe die Suche des Eigentümers nach einem neuen Investor positiv begleitet. Ein Investor habe sein geplantes Vorhaben bereits im Ausschuss für Stadtentwicklung, Strukturwandel und Wirtschaftsförderung am 08.11.2016 im nichtöffentlichen Teil vorgestellt. Dieser Investor werde voraussichtlich noch im Februar den Kaufvertrag für die Immobilie unterzeichnen. Ein weiterer Baustein für die Umsetzung des Projektes werde heute hier im Ausschuss vorgestellt. Herr Fischer vom Planungsbüro Durth Roos Consulting GmbH werde für den Investor die Neuordnung der Erschließung im Ausschuss vorstellen. Herr Dr.-Ing. Peters stellt klar, dass der Investor bis zur endgültigen Vertragsunterschrift anonym bleiben möchte und daher hier nicht persönlich vortrage. Er bittet um Verständnis, dass Herr Fischer als beauftragter Fachplaner nur Fragen zu der vorgestellten Erschließung beantworten werde und könne. Die vorgestellte Verkehrsplanung sei im Vorfeld mit den zuständigen Fachleuten der Verwaltung abgestimmt worden. Änderungen und Verbesserungsvorschläge der Verwaltung seien schon in die Planung eingeflossen. Der Investor sei für die weitere Planung des Projektes auf eine schnelle Aussage zur vorgestellten Planung angewiesen, daher solle das Thema hier im Ausschuss abschließend beraten werden. Anschließend stellt Herr Fischer vom Planungsbüro Durth Roos Consulting GmbH die aktuelle Planung der verkehrlichen Erschließung für Besucher- und Lieferverkehre für das Einkaufszentrum vor.

Stadtverordneter Reichelt dankt im Namen der SPD-Fraktion für die Vorstellung der Planunterlagen. Es sei positiv zu sehen, dass das Vorhaben jetzt in die entscheidende Planungsphase gehe. Es sei nachvollziehbar, dass zukünftige Ankermieter auch konkrete Wünsche äußern. Die SPD-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag zustimmen. Herr Reichelt stellt die Fragen, wieviel PKW sich im Bereich der Zufahrt zur Hubert Biernat Straße zurückstauen können, ohne den Verkehr zu beeinträchtigen und ob es möglich sei, den rot markierten Angebotsstreifen für Radfahrer auf der Fahrbahn über die Zufahrt von der Hubert Biernat Straße hinaus zu kennzeichnen.

Herr Fischer erklärt, dass der Abbiegestreifen auf einer Länge von ca. 30 m ausgebaut werde und sich maximal 6 Fahrzeuge zurückstauen können. Mit einer Beeinträchtigung des fließenden Verkehrs durch Rückstauungen sei nicht zu rechnen, da auch in Spitzenzeiten nur mit 5 – 6 PKW pro Minute zu rechnen sei. Zur Ausführung des Schutzstreifens ergänzt Herr Fischer, dass dieser gemäß der gültigen Vorschriften markiert werde. Erfahrungsgemäß führe eine Verlängerung des Schutzstreifens nicht zu einer Erhöhung der Verkehrssicherheit.

Herr Schröder von der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen äußert Sicherheitsbedenken gegen die Erschließung des Einkaufszentrums aus dem Kreisverkehr Töddinghauser Straße. Er sehe eine Gefährdung für Radfahrer und Fußgänger durch kreuzende PKW.

Herr Fischer sieht hier keine Gefährdung für Radfahrer und Fußgänger. Der Kreisverkehr sei sehr übersichtlich und zwischen den einzelnen Ausfahrten sei ausreichend Platz. Vor dem

Zebrastreifen könne auch ein PKW halten, ohne den fließenden Verkehr des Kreisels zu beeinträchtigen.

Stadtverordneter Reichelt regt an, dass der noch zu schließende städtebauliche Vertrag mit einer Revisionsklausel versehen werden solle, die der Stadt das Recht einräume, eventuelle Nachbesserungen zu Details der Verkehrsführung einzufordern.

Erster Beigeordneter Dr.-Ing. Peters ergänzt, dass die Verwaltung ein klares Mandat für die Verhandlung mit dem zukünftigen Erwerber über den Abschluss eines städtebaulichen Vertrages habe. Der bisher gültige städtebauliche Vertrag, der zwischen der Stadt Bergkamen und CharterHaus geschlossen worden sei, gehe auf den zukünftigen Eigentümer über und werde unter Berücksichtigung von Bürgerbelangen und im Interesse der Stadt Bergkamen fortgeschrieben. Die von der SPD-Fraktion vorgeschlagene Revisionsklausel sei ein gut geeignetes Mittel, um bei heute unabsehbaren Verkehrsstörungen nachjustieren zu können.

Stadtverordneter Strunk erklärt, dass die CDU-Fraktion den Beschlussvorschlag unterstützen werde. Er regt an, dass die Ausfahrt zur Gedächtnisstraße auch für Linksabbieger möglich sein solle.

Herr Schröder von der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen fragt an, wie die Fassaden des Gebäudes gestalten werden.

Erster Beigeordneter Dr.-Ing. Peters antwortet, dass der Verwaltung erste Entwürfe für eine geänderte Fassade vorliegen. Die Gestaltung solle auch Gegenstand des städtebaulichen Vertrages sein. Er ergänzt, dass der städtebauliche Vertrag und die Fassadengestaltung nicht als laufendes Geschäft der Verwaltung abgewickelt werde, sondern den Gremien vorgestellt werde.

Vorsitzender Pufke ergänzt die Beschlussvorlage um die Anregung der SPD-Fraktion mit dem folgenden Wortlaut: In dem noch zu schließenden städtebaulichen Vertrag mit dem Investor soll eine Revisionsklausel eingearbeitet werden, die der Stadt das Recht einräumt, eventuelle Nachbesserungen zu Details der Verkehrsführung einzufordern.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt, Bauen und Verkehr billigt die Grundzüge des neuen Erschließungskonzeptes zum Tausch der Ein- und Ausfahrtsorganisation der Kundenverkehre zum Einkaufszentrum Bergkamen sowie Anbindung an den Kreisverkehrsplatz Rathaus mit einem zusätzlichen Arm.

In dem noch zu schließenden städtebaulichen Vertrag mit dem Investor soll eine Revisionsklausel eingearbeitet werden, die der Stadt das Recht einräumt, eventuelle Nachbesserungen zu Details der Verkehrsführung einzufordern.

Abstimmungsergebnis: Mit Stimmenmehrheit zugestimmt
Ja 15 Nein 2

Tagesordnungspunkt 2:**Konzentrationszonen für Windkraftanlagen in Bergkamen****hier: Verzicht auf die Änderung des Flächennutzungsplans zur Ausweisung von Konzentrationszonen****Vorlage: 11/0805**

Erster Beigeordneter Dr. Peters stellt anhand einer Präsentation den Beschlussvorschlag für den Verzicht auf die Änderung des Flächennutzungsplans zur Ausweisung von Konzentrationszonen für Windkraftanlagen vor. Die Stadt Bergkamen habe in Sachen regenerative Energien vorbildlich agiert. Er dankt allen Fraktionen, dass diese Vorgehensweise von der Politik mitgetragen werde. Trotz aller Sympathien für regenerative Energien müsse die Verwaltung bei der Ausweisung von Konzentrationszonen für Windkraftanlagen rechtssicher handeln. In der letzten Sitzung des Ausschusses sei das Untersuchungsergebnis durch die Verwaltung vorgestellt worden. Als Ergebnis sei festzuhalten, dass ca. 90 % des Bergkamener Stadtgebiets auf Grund harter und weicher Tabukriterien nicht für eine Ausweisung von Konzentrationszonen geeignet seien. Als weiterer Schritt sei festgestellt worden, dass 7 Standorte planungsrechtlich für die Aufstellung von einzelnen Windenergieanlagen durchaus geeignet erscheinen. Hier sei aber zu beachten, dass jede Anlage im Rahmen einer konkreten Einzelfallprüfung dem Kreis Unna als zuständige Genehmigungsbehörde zur Prüfung vorzulegen sei. Als Fazit der Untersuchung sei festzuhalten, dass keine ausreichenden zusammenhängenden Flächen vorliegen, um Konzentrationszonen für Windkraftanlagen auszuweisen und dass der Bau von Einzelanlagen im Rahmen einer Privilegierung weiterhin möglich sei. Die Stadt Bergkamen werde durch weitere Maßnahmen und Förderprogramme den Energiewandel vorantreiben. Öffentliche Gebäude und Schulen werden durch energetische Maßnahmen profitieren.

Vorsitzender Pufke bedankt sich bei der Verwaltung für die umfassende Studie zum Thema Konzentrationszonen für Windkraftanlagen. Man habe die Studie innerhalb der CDU-Fraktion lange und ausgiebig mit dem Ergebnis diskutiert, dass die CDU-Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen werde.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt, Bauen und Verkehr empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss folgende Beschlussfassung für den Rat:

Der Rat der Stadt Bergkamen beschließt, keine Änderung des Flächennutzungsplanes durchzuführen, um Vorrangzonen für Windenergieanlagen auszuweisen. Die bisher angewandte Einzelfallprüfung bei Anträgen zur Errichtung von Windenergieanlagen soll beibehalten werden.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

Tagesordnungspunkt 3:

Gutachten

- zur Prüfung möglicher Umweltauswirkungen des Einsatzes von Abfall- und Reststoffen zur Bruch-Hohlraumverfüllung in Steinkohlenbergwerken in Nordrhein-Westfalen, Teil 1 (Entwurf)
- zu den technischen Möglichkeiten einer PCB-Elimination von Grubenwässern ("PCB-Gutachten")

Hier: Relevanzprüfung für die Wasserstadt Aden

Vorlage: 11/0819

Erster Beigeordneter Dr.-Ing. Peters erklärt, dass die Sanierung der ehemaligen Bergwerksstandorte ein wichtiges Thema sei. Der Rat habe sich in seiner Resolution zur Verwertung von Reststoffen im Steinkohle Bergbau unter Tage im Februar 2014 klar positioniert. Das Land NRW habe 2015 ein Gutachten zur Bruch-Hohlraumverfüllung in Auftrag gegeben. Der Entwurf des Gutachtens sei auf der Internetseite des Umweltministeriums veröffentlicht worden. Dr.-Ing. Peters dankt der Landesregierung für den offensiven und transparenten Umgang mit diesem sensiblen Thema und ergänzt, dass dieses Thema bei dem Umweltministerium und der Bergbehörde gut angesiedelt sei. Die Verwaltung habe den Entwurf des Gutachtens ausgewertet und festgestellt, dass negative Auswirkungen auf die Oberflächen ausgeschlossen werden können. Auch eine Beeinträchtigung der Wasserstadt Aden sei nicht zu erwarten. Es seien auch technische Möglichkeiten zur PCB-Eliminierung vorgeschlagen worden. Es sei wichtig, dass alle technischen Möglichkeiten zum Schutz von Menschen, Tieren und Pflanzen umgesetzt werden sollen. Die Kosten für diese technischen Einrichtungen, die zu 100 % von der RAG zu tragen seien, liegen mit 11 Mio. € in einem überschaubaren Rahmen.

Dr.-Ing. Peters weist ausdrücklich darauf hin, dass der Anstieg des Grubenwassers im Zusammenhang mit dem vorliegenden Gutachtenentwurf nicht zur Debatte stehe. Dieses Thema werde zu einem anderen Zeitpunkt kritisch begleitet und bewertet. Die Stadt Bergkamen werde im weiteren Verfahren durch die zuständigen Stellen beteiligt.

Stadtverordneter Reichelt dankt der Verwaltung für die Aufarbeitung des Gutachtenentwurfes. Mit der Resolution im Jahr 2014 habe die Stadt Bergkamen eine lückenlose Aufklärung des Sachverhaltes unabhängig von möglichen Folgekosten gefordert. Mit dem nun vorliegenden Gutachtenentwurf sei durch einen unabhängigen Dritten nachgewiesen worden, dass durch den Einsatz von Abfall und Reststoffen zur Hohlraumverfüllung und durch den Einsatz von PCB-haltigen Betriebsstoffen keine Gefahr für Mensch und Umwelt ausgehe. Positiv werde auch zur Kenntnis genommen, dass weder heute noch in Zukunft eine Gefährdung des Grundwassers durch Grubenwasser bestehe; auch eine Gefährdung der Wasserstadt Aden könne ausgeschlossen werden. Für das mit PCB belastete Grubenwasser sei eine Möglichkeit der PCB-Eliminierung aufgezeigt worden. Die Politik werde dieses Thema weiter im Auge behalten und zu gegebener Zeit die vorgestellte Aufbereitung des mit PCB versetzten Grubenwassers auf den Prüfstand stellen.

Stadtverordneter Miller gibt für die CDU-Fraktion zu Bedenken, dass es sich hier lediglich um einen Gutachtenentwurf handle. Einige Themen seien in dem Entwurf nicht abschließend beantwortet worden, u .a. was nach der Abschaltung der Pumpen zur Grubenwasserhaltung passieren werde. Die durch den Rat gefasste Resolution sei im Sinne der Bürger Bergkamens gefasst worden, hier stehe die Politik in der Pflicht, die weitere Entwicklung kritisch im Auge zu behalten.

Frau Thylmann von der Fraktion BergAuf ist mit dem Beschlussvorschlag nicht ganz einverstanden. Der UBV solle sich dafür aussprechen, dass jeglicher Ausstoß von PCB verhindert werden solle. Die PCB-Eliminierungsanlagen sollen daher so schnell wie möglich

errichtet werden. Es sei erforderlich, das abschließende Gutachten genau zu analysieren. Erst dann solle eine Aussage getroffen werden. Es reiche nicht aus, den Entwurf zur Kenntnis zu nehmen, hier sei es notwendig, dass der Ausschuss klare Forderungen formuliere.

Stadtverordneter Schulte dankt der Verwaltung für die Aufbereitung des Gutachtenentwurfes. Hier sei deutlich geworden, wie wichtig eine Betrachtung von Restflächen im Vorfeld sei. Der Gutachter habe die aktuelle Situation geprüft und sehe momentan keine weiteren Handlungsmöglichkeiten. Diese Empfehlung werde zur Kenntnis genommen. Eine weitere fachliche Beurteilung sei zum jetzigen Zeitpunkt nicht erforderlich. Es sei aber nicht das letzte mal, dass sich die Politik mit dem Thema befassen werde.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt, Bauen und Verkehr nimmt den Bericht der Verwaltung zu den Gutachten des Landes NRW zur Bruch-Hohlraumverfüllung (Teil 1) und PCB im Grubenwasser zur Kenntnis-

Abstimmungsergebnis: Kenntnisnahme

Tagesordnungspunkt 4:

Einwohnerfragestunde

Es ergeben sich keine Einwohneranfragen.

Tagesordnungspunkt 5:

Anfragen und Mitteilungen

Stadtverordneter Strunk bittet um die Ausbesserung des Straßenbelages östlich des Kreisverkehrs Schulstraße/Gedächtnisstraße.

Erster Beigeordneter Dr.-Ing. Peters sagt zu, dass sich die zuständige Stelle um die Ausbesserung kümmern werde. Hinweis der Verwaltung: Der Schaden wurde schnellstmöglich vor Ort behoben.

Stadtverordneter Miller fragt an, ob die Zahlen zur Verkehrszählung für L 821 n bereits vorliegen und wann die Verkehrszählung durchgeführt worden sei.

Erster Beigeordneter Dr.-Ing. Peters erklärt, dass der Verwaltung noch keine Ergebnisse zur Verkehrszählung L 821n vorliegen. Er wundere sich auch über die lange Bearbeitungszeit. Die landesweite Verkehrszählung sei von der Bundesanstalt für Straßenwesen (BASt) durchgeführt worden und daher warte Straßen.NRW selbst auf die Auswertung der Verkehrszählung. Seit Anfang Februar liegen die Ergebnisse der Verkehrszählung für Bundesautobahnen sowie für Bundesstraße vor. Mit einer Vorlage der Ergebnisse für die Landesstraßen sei in den nächsten Wochen zu rechnen. Sobald die Ergebnisse vorliegen, werde die Verwaltung alle Fraktionen informieren.

Herr Humbach von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen thematisiert das LKW-Aufkommen auf der Schulstraße. Er bittet die Verwaltung nach dem Verursacherprinzip Bayer und Holzkontor anzusprechen, damit der Ziel- und Quellverkehr über alternative Route gelenkt

werde. In der Vergangenheit habe eine Flyeraktion dazu geführt, dass der Lkw-Verkehr in Weddinghofen spürbar zurückgegangen sei.

Erster Beigeordneter Dr.-Ing. Peters erklärt, dass mit der Firma Bayer und Holzkontor ein Jahresgespräch geführt werde. In diesem Gespräch werde der Ziel- und Quellverkehr auch thematisiert. Er habe Verständnis für die Anfrage, es sei wichtig, dass alle Instrumente zur Linderung der Verkehrsbelastung angewendet werden sollen. Weitere Maßnahmen seien aber auch abhängig von der weiteren Entwicklung zur L 821n. Ferner verweist Dr.-Ing. Peters auf die Teilnahme der Stadt Bergkamen am Routenvorrangprogramm für LKW-Navigation.

Herr Reichling weist auf das u.a. an die Fraktionen versandte Informations- und Einladungsschreiben von Bürgermeister Schäfer zur Teilnahme an der Aktion STADTRADELN hin. STADTRADELN sei eine Kampagne des Klima-Bündnis, eines Netzwerks von Städten, Gemeinden und Landkreisen zum Schutz des Weltklimas. Ziele dieser bundesweiten Kampagne seien, BürgerInnen zur Benutzung des Fahrrads im Alltag zu sensibilisieren und die Themen Fahrradnutzung und Radverkehrsplanung verstärkt in die kommunalen Parlamente und die öffentliche Wahrnehmung einzubringen. Der dreiwöchige Aktionszeitraum in Bergkamen findet vom 03. bis zum 24. Juni 2017 statt.

Marco Morten Pufke
Vorsitzender

Falk Stankowski
Schriftführer